

# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
207 · Ausgabe BL·BS · August 2023



 Bestehende Nationalstrasse  
 Rheintunnel

Basel

Birsfelden

## Rheintunnel: Chance für mehr Lebensqualität oder überholtes Autobahnprojekt?

**Das Milliardenprojekt «Rheintunnel» kann eine Entlastung für die Bevölkerung bringen – nur dann ist es sinnvoll. Dafür und für den Erhalt oder Ersatz von Freiräumen während der Bauzeit muss der Kanton kämpfen.**



Lisa Mathys,  
Grossrätin  
und Präsidentin  
SP BS

*Osttangente:* Der Grosse Rat hat beschlossen, dass nach dem Bau des Rheintunnels eine Umnutzung der Osttangente erfolgen soll. Die aktuelle vielspurige Autobahn könnte in Zukunft

Platz bieten für eine Veloschnellroute, für eine Tramlinie oder für eine Baumallee und so die Anwohnenden von der aktuellen Belastung befreien. Damit die künftige Nutzung der Osttangente Teil des Projektes wird, muss die Basler Baudirektorin beim zuständigen Bundesamt klarstellen, dass unser Kanton diese Stadtreparatur fordert. Wir kämpfen weiter dafür, dass der parlamentarische Auftrag erfüllt wird – falls der Rheintunnel denn kommt.

*Dreirosenanlage:* Während die künftige Nutzung der Osttangente die Zeit nach dem Bau des Rheintunnels betrifft, ist die Belegung der Dreirosenanlage als Baustellenplatz während der Bauzeit im Fokus. Dieser wichtige Grün- und Freiraum muss für die Bevölkerung nutzbar bleiben – oder es muss eine gleichwertige Ersatzfläche in unmittelbarer Nähe bereitgestellt werden. Das steht für die SP ausser Frage: Das dicht besiedelte Quartier kann nicht 10 Jahre darauf verzichten.

**Mit dem Rheintunnel gönnt der Bund der Region Basel einen deftigen Ausbau der Autobahn. Dabei ist dieser weder die verkehrstechnisch beste Lösung noch vereinbar mit dem Klimaschutz. Und der Rheintunnel wird nicht das Ende sein: Der 8-Spur-Ausbau von der Hagnau bis nach Augst ist in Planung und an der Erweiterung der Strasse von Aesch bis Delémont wird getüfelt.**



Florian Schreier,  
Co-Präsident  
SP Birsfelden,  
Geschäftsführer  
VCS beider Basel,  
Nationalrats-  
kandidat Liste 2

Ein vertiefter Blick nach Birsfelden zeigt, dass der Rheintunnel der Gemeinde nichts bringt, aber viel nimmt: Über 150 beliebte Familiengärten ersatzlos zerstört, keine Reduktion des Autoverkehrs auf der Hauptstrasse und eine Baustelle während zehn Jahren. Diese belegt während dieser Zeit einen Grossteil unseres Sportplatzes, die Sporthalle (Heim für Basketball-Team Starwings und Handball-Nati-B-Team des TV Birsfelden) fällt ihr zum Opfer.

Sehr gut kann ich die Hoffnungen derjenigen verstehen, die sich vom Rheintunnel weniger Autoverkehr im Quartier und auf der Osttangente erhoffen. Aber nichts davon ist im Projekt enthalten. Es bleiben vage Versprechen, die frühestens 2040 eingelöst würden. Falls überhaupt. Welche der im Zuge des Nordtangente-Baus gemachten Versprechen wurden umgesetzt?

Wir müssen festhalten, dass keine Begleitmassnahmen zur Kanalisierung des Autoverkehrs in den Rheintunnel vorgesehen sind. Dass es aktuell zwar Andeutungen zum Ersatz der Dreirosenanlage gibt, aber keine konkreteren Pläne. So bleibt der SP Birsfelden nichts anderes übrig, als den Rheintunnel und das gesamte Autobahn-Ausbau-Paket diesen Herbst mit einem Referendum zu bekämpfen. Biels erfolgreicher Widerstand gegen das dortige übertriebene Autobahnprojekt zeigt, dass bessere Lösungen möglich sind.

**Zum Rheintunnel: Der Bund wollte ursprünglich die Osttangente – den Autobahnabschnitt, der von der Breite zum Badischen Bahnhof die Quartiere Basels zerschneidet – erweitern. Basel-Stadt hat sich dagegen gewehrt. Daraus folgte das Projekt «Rheintunnel», das einen Teil des Verkehrs unter den Boden verlagern soll.**

# Gesundheit als Service public

**Das Gesundheitswesen krankt an zwei Problemen: den ständig steigenden Kopfprämien und der Fehlsteuerung über finanzielle Anreize. Die Gesundheitsversorgung in der Schweiz ist am Anschlag. Was wir brauchen, ist keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern eine Stärkung des Gesundheitswesens als Service public. Es braucht jetzt konkrete und griffige Massnahmen, um die Menschen zu entlasten. Und wir müssen langfristig die Vision einer bedarfs- und qualitätsgerechten Gesundheitsversorgung verfolgen.**



Sarah Wyss  
Nationalrätin

Per 2024 werden die Krankenkassenprämien wieder massiv steigen. Diese Prämien-erhöhungen werden immer mehr auch für den Mittelstand zu einem Kaufkraftfresser. Während die FDP mit ihrer «Krankenkasse-light» die Solidarität zwischen gesunden und erkrankten Menschen infrage stellt und eine Zwei-Klassen-Medizin propagiert, ruft die Mitte nach einer untauglichen Kostenbremse, die hauptsächlich noch mehr administrativen Aufwand bedeuten würde, statt Kosten zu senken. Beide untergraben

mit ihren Forderungen den Service-public-Gedanken unseres Gesundheitswesens. Was wir tatsächlich brauchen, ist eine klare Rückbesinnung aufs Solidaritätsprinzip und ein Wegkommen von der Marktlogik. Dieses Ziel verfolge ich Schritt für Schritt im Nationalrat – manchmal mit sofortigem Erfolg, manchmal erst nach mehreren Anläufen.

## Kopfprämie abfedern

Unsere SP-Prämienentlastungsinitiative verlangt, dass die Prämien maximal 10 % des verfügbaren Einkommens betragen dürfen. Der Ständerat hat dem Gegenvorschlag die Zähne gezogen. Wenn wir hier im Nationalrat nicht substanzielle Verbesserungen zustande bringen, wird das Volk das letzte Wort haben. Denn etwas ist klar: Die Kopfprämie ist unsozial und muss abgedefert werden. Mittelfristig brauchen wir einkommensabhängige Krankenkassenprämien.

## Prävention stärken

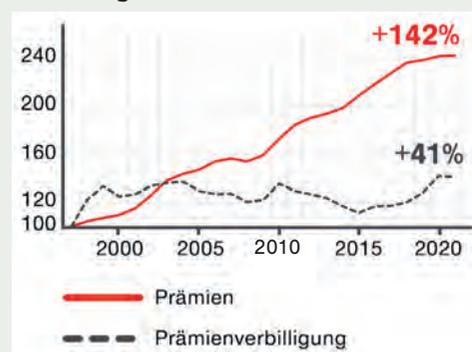
Nach wie vor wird die Prävention fast gänzlich vernachlässigt. Das Gesundheitswesen ist aktuell hauptsächlich auf Heilung ausgerichtet. Wenn wir die Prävention stärken, erhöhen wir nicht nur die Lebensqualität der Menschen, sondern reduzieren auch die Gesundheitskosten.

## Bedarfsgerechte Versorgung

Die Steuerung der Gesundheitsversorgung über finanzielle Anreize und ökonomische Marktlogik funktioniert nicht. Wir haben mit Lücken in der Grund- und der psychiatrischen Versorgung zu kämpfen. Gleichzeitig besteht andernorts ein Überangebot – nämlich in jenen Fachdisziplinen, welche besonders lukrativ sind. Wenn wir nicht handeln, kollabiert die Gesundheitsversorgung. Kurzfristig setze ich mich deshalb für eine sinnvolle Regulierung ein, beispielsweise durch eine interkantonale Spitalplanung und den Ausschluss der Grundversorgung aus den DRG-Fallpauschalen. Neu werden Leistungen auch qualitätsmässig gemessen. Künftig könnten sie auch über eine solche Messung abgerechnet werden.

Doch meine Vision ist grösser: Wir müssen wegkommen von einem finanzgesteuerten hin zu einem bedarfs- und qualitätsgesteuerten Gesundheitswesen. Unsere Gesundheit muss wieder zum Service public werden und die Menschen müssen im Zentrum der Leistungen stehen.

## Stark steigende Prämienlast



## AGENDA SP BS

- Dienstag, 22. August 2023, 19.30 Uhr  
**Letztes Politspeeddate mit Nationalratskandidierenden**  
Bistrobar Walther, kHaus
- Mittwoch, 23. August 2023, 20 Uhr  
**Auftakt zum Wahlkampf**  
Volkshaus Basel, 1. Stock
- Donnerstag, 31. August 2023, 12.15 Uhr  
**Feministisches Zmittag der SP Frauen**  
Bistro AMB (Antikenmuseum Basel), St. Alban-Graben 5
- Freitag, 15. September 2023  
**Parkingday – Wir nutzen einen Parkplatz um**  
Weitere Infos folgen
- Samstag, 16. September 2023  
**Lauf gegen Grenzen**  
Die SP läuft im Team Sozis für Seebrücken
- Donnerstag, 21. September 2023, 18.15 Uhr resp. 20 Uhr  
**Neumitgliederbegrüssung und im Anschluss Delegiertenversammlung**  
Markthalle Basel, «Wohnzimmer»

Veranstaltungen der SP Basel-Stadt werden jeweils auch im Newsletter am Dienstag per Mail angekündigt. Die Agenda auf der Website [www.sp-bs.ch](http://www.sp-bs.ch) wird laufend aktualisiert und enthält nebst den Terminen der Kantonalpartei auch die von anderen SP-Organen.



# Für gute Bildung und einen starken Arbeitsmarkt

**Ein starker und stabiler Arbeitsmarkt braucht gut qualifizierte Menschen. Darin sind sich alle einig. Während der Arbeitgeberverband den Fachkräftemangel aber mit einer Verlängerung der Arbeitszeiten bekämpfen will, setze ich auf eine Stärkung der Bildung und ein System, das niemanden zurücklässt.**



Mustafa Atici  
Nationalrat

Allen Menschen mit einer angemessenen Bildung und Weiterbildung ein lebenslanges Lernen ermöglichen: Das sorgt dafür, dass es am Arbeitsmarkt ausreichend Arbeitskräfte und Fachleute gibt. Davon sind wir leider weit entfernt. Inzwischen ist der Fachkräftemangel der wichtigste Hemmschuh unserer Wirtschaft. Etwa 120 000 Stellen sind unbesetzt und in den kommenden zehn Jahren könnten fast eine halbe Million Arbeitnehmende fehlen. Die Wirtschaft bleibt so trotz voller Auftragsbücher weit unter ihrem Potenzial.

## **Attraktive Arbeitsbedingungen statt erhöhtem Druck**

Die Zeiten, als die Schweiz ihre Fachkräfte

einfach aus dem Ausland holen konnte, sind vorbei. Auf dem ganzen Kontinent geht die Babyboomer-Generation in Rente. Um diese Lücke zu schliessen, propagiert der Arbeitgeberverband nun eine Erhöhung des Rentenalters, eine höhere Wochenarbeitszeit und weniger Teilzeitarbeit.

Damit würde das Problem aber nicht gelöst, sondern verschärft. Das Beispiel der Pflegeberufe zeigt auf: Wer den Arbeitsdruck erhöht, verschärft den Fachkräftemangel. Wer verhindern will, dass die besten Fachkräfte ihren Job nach wenigen Jahren ausgetrieben wieder aufgeben, setzt auf gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie auf Weiterbildung.

## **Bildungsoffensive für Geringqualifizierte**

Strukturwandel, Digitalisierung und demografische Transformation machen lebenslanges Lernen unverzichtbar. Gemäss der OECD sind 27 Prozent aller Beschäftigten einem hohen Automatisierungsrisiko ausgesetzt. Namentlich Geringqualifizierte und

ältere Arbeitnehmende können sich nur mit Weiterbildungen nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt halten.

Unser Weiterbildungssystem erreicht aber ausgerechnet diejenigen am wenigsten, die es am nötigsten hätten. 800 000 Erwachsene können in der Schweiz nicht richtig lesen und schreiben, 400 000 haben Mühe mit einfachen Rechenaufgaben und rund 500 000 haben keine Berufsbildung. Mangelnde Grundkompetenzen und eine fehlende Berufsbildung vermindern die Arbeitsmarktfähigkeit, erschweren die Weiterbildung und erhöhen das Risiko, von Sozialleistungen abhängig zu werden. Da müssen wir endlich Gegensteuer geben. Es braucht dringend eine Weiterbildungsoffensive für Erwachsene mit tiefem Bildungsstand, prekärem Arbeitsmarktstatus und niedriger beruflicher Stellung.

## **Frühförderung jetzt auch schweizweit**

Der Aufbau von Grundkompetenzen kann nicht früh genug einsetzen. Spielgruppen, die alle erreichen, bilden das beste Mittel zur Sprachförderung und Schulvorbereitung. Bei uns im Kanton Basel-Stadt haben wir mit der obligatorischen Frühförderung viel erreicht. Dieses Modell muss nun auf die ganze Schweiz ausgeweitet werden. Da steht auch der Arbeitgeberverband in der Pflicht.

## **WICHTIGE TERMINE IM WAHLKAMPF**

- **Mi, 23. August 2023, 20 Uhr  
Wahlkampfauftakt im Volkshaus Basel**  
Es wird ein politisches Programm zusammengestellt und kurzfristig auf der Homepage bekannt gegeben.
- **19.–29. August 2023  
Einbindungstelefonieren**  
Wir versuchen möglichst viele Mitglieder und Zugewandte für die Mithilfe im Wahlkampf zu mobilisieren.
- **Samstag, 30. September,  
7. Oktober und 14. Oktober 2023  
Grosse Telefonanlässe**  
Wir telefonieren, bis die Ohren glühen, und erinnern möglichst viele Menschen in Basel ans Wählen.
- **Sonntag, 22. Oktober 2023  
Wahltag**  
Die SP Basel-Stadt trifft sich nach der Bekanntgabe der Resultate. Zeit und Ort folgen.

# Solarstrom: Ausbautempo verfünffachen!

**Basel-Stadt hat sich beim Ausbau der Photovoltaik (PV) früh engagiert, ist aber ab 2010 im Vergleich mit anderen Kantonen zurückgefallen. Der SP-Solar-Masterplan will dies ändern.**



Ruedi Rechsteiner, ehem. SP-Nationalrat (1995–2010)

Über 90 Prozent der Dächer und fast 100 Prozent der Fassaden in Basel-Stadt werden aktuell nicht für die Solarstromproduktion genutzt. Der neue Masterplan, den die Delegierten der SP Basel-Stadt im Juni 2023 verabschiedeten, will den jährlichen PV-Zubau auf mindestens 20 GWh pro Jahr verfünffachen. Hier die Kernpunkte:

## Kantonale Bauten und Infrastruktur

Mit einem neuen Rahmenkredit sollen alle geeigneten Bauten und Anlagen des Kantons (inkl. BVB, Spitäler, IWB usw.) «solaraktiv» nachgerüstet werden. Dazu braucht es klare Verantwortlichkeiten, systematische Inven-

tarisierung und eine fokussierte Betriebsgesellschaft, welche die Investitionen veranlasst, die Anlagen betreibt und wo sinnvoll durch Speicher ergänzt.

## PV-Zulassung auf Fassaden

Optisch angepasste Anlagen sollen auf Fassaden bewilligungsfrei zugelassen werden und bei Neubauten obligatorisch werden (z.B. Parkhäuser, Gewerbebauten). Die inzwischen vereinfachte Meldepflicht in der Schonzone (anstelle der komplexeren Baubewilligung) ist in der Verordnung festzuhalten.

## Investitionen müssen sich lohnen

Laut neuem Bundesrecht erhalten Mieter:innen 20 Prozent Strompreisrabatt bei Eigenverbrauch vom Solardach. Davon sollen möglichst viele Menschen profitieren. Die vom Grossen Rat im Grundsatz beschlossene «Solaroffensive» soll deshalb durch flankierende Massnahmen ergänzt werden: Der Kanton soll wo nötig Beiträge für ästhetische Umsetzung, an die Dachstatik, an die Entfernung von Asbest oder an die Verbesserung des Netzanschlusses leisten. An Standorten ohne Eigenverbrauch sollen höhere Abnahmepreise gelten.

## Speicherung und Sektorkopplung

Mit der Elektrifizierung der Mobilität durch Elektrofahrzeuge entstehen grosse neue Speicherkapazitäten mitten im Versorgungsgebiet. Auch Wärmespeicher (Boiler, Grossanlagen für die Fernwärme, Erdregister etc.) sind geeignet, Stromüberschüsse aus Sonne, Wind und Wasser zu bewirtschaften.

Speicher sollen neu in die Fördermassnahmen einbezogen werden. Und nicht nur Grossverbraucher:innen sollen vom Speichern von billigen Strom-Überschüssen profitieren. Auch für kleine Bezüge wollen wir einen marktnahen Tarif oder eine Teilmarktöffnung. Deshalb prüft die SP Basel-Stadt die Lancierung einer Standesinitiative, damit es schweizweit vorwärtsgehen kann mit der Verwertung von billigen Stromüberschüssen.

## Gesetzeslücken schliessen

Damit es endlich vorwärts geht, braucht es klare Zuständigkeiten und Rechtssicherheit. Unser Solarstrom-Masterplan zeigt, wie wir die Energiewende aktiv gestalten können. Den Masterplan findest du unter [sp-bs.ch](http://sp-bs.ch) («Positionspapiere»).

# SP-Power in der Aktionswoche: über 2000 Unterschriften!



Dank den motivierten Mitgliedern haben wir im Juni innerhalb einer Woche über 2000 Unterschriften für die Direktabzug-Initiative gesammelt. Jetzt geht es um den letzten Drittel. Hilfst du uns beim Endsprint? Du findest den Unterschriftenbogen und mehr Infos auf unserer Website ([bit.ly/direktabzug](http://bit.ly/direktabzug)). Oder meld dich bei Tomoko Latteier ([tomoko.latteier@sp-bs.ch](mailto:tomoko.latteier@sp-bs.ch)).

# Solar-Initiative in den Startlöchern

**Am 18. Juni 2023 hat eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung dem Klimaschutzgesetz zugestimmt – ein wichtiger Schritt für den Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik. Damit ist nun endlich das Netto-null-Ziel für den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2050 in einem Bundesgesetz festgeschrieben. Nun gilt es konkrete Massnahmen einzuleiten, damit dieses ambitionierte Ziel auch erreicht wird.**



Thomas Noack  
Landrat SP

Das Netto-null-Ziel ist nur über den weitgehenden Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Öl und Gas zu erreichen. Während der Präsident der FDP am Abstimmungssonntag bereits neue Atomkraftwerke forderte, muss nun zunächst einmal das Naheliegende getan werden. Unsere Energieversorgung muss so rasch wie möglich mit den Technologien, die heute schon auf dem Markt erhältlich sind, umgebaut werden. Solarpanels sind längst erfunden und zunehmend günstiger erhältlich.

Auf Baselbieter Dächern und Fassaden schlummert ein grosses Potenzial: Rüstet man sie mit Photovoltaik-Anlagen aus, leisten sie einen wichtigen Beitrag an die Energiewende und helfen, die Energieversorgung des Kantons zu sichern. Mit der Revision des Baselbieter Energiegesetzes soll nun endlich eine Pflicht für die Erstellung von Solaranlagen auf Neubauten eingeführt werden. Das deutlich grössere Potenzial liegt aber in der Ausrüstung der bestehenden Dächer. Hier müssen die grössten Anstrengungen erfolgen.

Gemäss einer kürzlich in der BAZ veröffentlichten Auswertung wurden in meiner Wohngemeinde Bubendorf Ende 2022 lediglich etwa 8,7 Prozent der geeigneten Dachflächen für Solarenergie genutzt. Ende 2021 waren es noch 7,8 Prozent gewesen. Mit dieser Zuwachsrate von knapp einem Prozent pro Jahr würden bis 2050 erst etwas mehr als 35 Prozent der geeigneten Dachflächen für die Solarstromproduktion genutzt.\*

Trotz steigender Tendenz zeigt die Statistik deutlich, dass die bisherige Strategie der Förderung über Anreize nicht ausreicht, um einen deutlich schnelleren Ausbau zu erreichen. Es braucht vielmehr eine Pflicht zur Erstellung von Solaranlagen – auch auf bestehenden Bauten. Bei jedem grösseren Umbau eines Dachs oder bei einer Dachsanierung muss in Zukunft auch eine Solaranlage auf das Dach. Die bürgerliche Mehrheit wehrt sich jedoch gegen eine vorausschauende Energiepolitik. Sie hat im Landrat eine Solaroffensive der SP-Fraktion abgelehnt. Die Delegierten der SP Baselland sind aber überzeugt, dass die Baselbieter Bevölkerung langfristiger denkt und die Notwendigkeit eines raschen Ausbaus der erneuerbaren Energien erkennt. Deshalb haben sie bereits im Frühjahr die Lancierung einer Solar-Initiative beschlossen und an der Delegiertenversammlung in Zwingen den Initiativtext verabschiedet.

Die Initiative fordert, dass bestehende Bauten in Industrie- und Gewerbebezonen sowie in Zonen öffentlicher Bauten mit einer geeigneten Dachfläche bis 2035 für die Solarstrom- oder Solarwärmeerzeugung nachzurüsten sind. Das Gleiche gilt für bestehende Bauten in den übrigen Bauzonen mit geeigneten Dachflächen und ab einer festgelegten Grösse der Dachfläche bei grösseren Umbauten. Diese Bestimmung betrifft vor allem bestehende Wohnbauten. Zudem sind auch ungedeckte grössere Parkierungsanlagen grundsätzlich für die Solarstrom- oder für die Solarwärmeerzeugung zu nutzen.

Damit dies für die Betroffenen finanziell tragbar ist, muss der Kanton für eine geeignete Unterstützung bei der Nachrüstung sorgen.

Lanciert wird die Initiative im Herbst 2023.

\* [www.bazonline.ch/so-stark-baute-ihre-gemeinde-die-solarenergie-letztes-jahr-aus-465538602373](http://www.bazonline.ch/so-stark-baute-ihre-gemeinde-die-solarenergie-letztes-jahr-aus-465538602373)

«Es braucht vielmehr eine Pflicht zur Erstellung von Solaranlagen – auch auf bestehenden Bauten.»

## AGENDA SP BL

- Samstag, 26. August, ganztags  
Telefonstammtag: Mitglieder mobilisieren  
Dezentral im ganzen Kanton
- Donnerstag, 7. September, 19 Uhr  
Delegiertenversammlung  
Birsfelden, Aula Schulhaus Rheinpark
- Donnerstag, 21. September, 19.15 Uhr  
Koordinationskonferenz  
Markthalle Basel
- Samstag, 30. September, ganztags  
Telefonstammtag Nationale Wahlen  
Anmeldung unter [sp-bl.ch/wahlsieg](http://sp-bl.ch/wahlsieg)
- Dienstag, 3. Oktober, 19.30 Uhr  
Sessionsbericht  
Lausen, weitere Infos folgen
- Samstag, 7. Oktober, ganztags  
Telefonstammtag Nationale Wahlen  
Anmeldung unter [sp-bl.ch/wahlsieg](http://sp-bl.ch/wahlsieg)
- Samstag, 14. Oktober, ganztags  
Telefonstammtag Nationale Wahlen  
Anmeldung unter [sp-bl.ch/wahlsieg](http://sp-bl.ch/wahlsieg)

# Ein Wahlkampf, der die Menschen ernst nimmt

**Wahlkampf – das bedeutet für manche, neue Ängste zu schüren und diese zu bewirtschaften. Als SP setzen wir auf die Hoffnung, mit unserem Engagement die realen Probleme der Menschen zu lösen, indem wir die Kaufkraft stärken, die Gleichstellung voranbringen und die Klimakrise bekämpfen.**



Jonas Eggmann und Nils Jocher  
Vizepräsidenten SP Baselland



Unser erstes Thema: Kaufkraft stärken. Die Krankenkassen-Prämien explodieren. Das beschäftigt uns als SP Baselland bereits seit einigen Jahren und wir setzen uns inner- und ausserhalb des Parlaments für mehr Prämienverbilligung ein. Weiter explodieren besonders in den Agglomerationsgemeinden wie Muttenz, Binningen oder Allschwil die Mieten: Der Einsatz für tiefere Mieten und mehr bezahlbaren Wohnraum ist umso dringender angesichts der Erhöhung des Referenzzinssatzes. Einige von euch werden bereits eine Mietzinserhöhung erhalten haben. Für uns ist klar: Es braucht ein Mietpreismoratorium und eine Kontrolle gegen illegal überhöhte Mieten.

Kaufkraft stärken heisst: Mehr Geld im Portemonnaie. Neben den Löhnen gilt das auch für die Renten. Nach dem äusserst knappen Ja zur AHV-Reform haben die Bürgerlichen im Parlament ihr Versprechen gebrochen, die Frauenrenten mit der Reform der 2. Säule zu verbessern. Mit der BVG-Abbauvorlage sollen alle mehr bezahlen – für weniger Rente. Das ist respektlos gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern und ein gleichstellungspolitischer Affront. Nach wie vor sind die Frauenrenten rund ein Drittel tiefer als die Männerrenten. Zusammen mit den Gewerkschaften bekämpfen wir diese Vorlage. Für das Referendum wurden fast dreimal so viele Unterschriften wie nötig gesammelt.

Mit der Gleichstellung sind wir beim zweiten Wahlkampfthema. Am 14. Juni waren über 300 000 Menschen am feministischen Streik auf der Strasse. In der Vorberichterstattung hiess es, lediglich «die Linken» würden am Streik teilnehmen. Das lässt sich umdrehen: Wenn wir es schaffen, dass alle Menschen, die am 14. Juni am feministischen Streik teilnahmen, auch links wählen,

können wir sehr optimistisch auf den 22. Oktober blicken. Wenige Tage nach dem Streik hat die SP bekannt gegeben, dass die nationale Kita-Initiative zustande gekommen ist. In Baselland haben wir zum gleichen Thema eine kantonale Initiative eingereicht, zu der im Moment unter Federführung der SP-Regierungsrätin Kathrin Schweizer ein Gegenvorschlag ausgearbeitet wird.

Unser drittes Wahlkampfthema nach Kaufkraft und Gleichstellung ist der Klimaschutz. Im Juni gab es mit dem Ja zum Klimaschutzgesetz ein deutliches Ja zum ökologischen Umbau mithilfe öffentlicher Investitionen. Diesen Weg müssen wir nun mit aller Konsequenz weitergehen: Dafür braucht es die Klimafonds-Initiative. Zudem braucht es die Finanzplatz-Initiative, die den Finanzplatz in die Verantwortung nimmt. Auch im Baselbiet müssen wir vorwärts machen – siehe den Artikel von Thomas Noack auf Seite 13.

Damit wir die Probleme unserer Zeit angehen können, braucht es also vollen Einsatz von uns allen. Mit einer tollen Liste 2 – angeführt von unseren Bisherigen, Samira Marti und Eric Nussbaumer – ergreifen wir also Partei für eine soziale Schweiz.



## Vielen Dank, Matthias!

Während drei Jahren warst du als politischer Sekretär für die SP Baselland im Einsatz. Zu Beginn war vieles im Umbruch: Auf die Neuaufstellung des Sekretariats im Juni folgten die Wechsel der Partei- und Fraktionspräsidien im Oktober. Dass der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Präsidium, Fraktion und Sekretariat heute sehr gut funktionieren, ist zu einem grossen Teil dein Verdienst.

Als Fraktionssekretär hast du unsere Landrätinnen und Landräte bei ihrem Engagement für ein soziales Baselbiet tatkräftig unterstützt. Dazu kam eine Fülle an weiteren Aufgaben. So war deine inhaltliche Arbeit die Grundlage verschiedener Kampagnen. Für die BL-Seiten des Links hast du als Redaktor gewirkt. Zusätzlich hast du dich als freiwilliges Mitglied in der Bildungsgruppe engagiert und warst für verschiedene Menschen in der SP Baselland eine wichtige Ansprechperson.

Im Namen der SP Baselland bedanken wir uns für deine grossartige Arbeit und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

# Abschied, Dank und Willkommen

**Der Sommer bringt in Baselland immer auch einen Amtsjahreswechsel mit sich. Alle vier Jahre hat er zudem eine neue Legislatur im Gepäck.**

An der Landratssitzung vom 22. Juni wurden Tania Cucè, Christoph Hänggi und Bianca Maag-Streit aus dem Landrat verabschiedet: Vielen Dank für euer langjähriges Engagement in der Landratsfraktion!

Es war zudem die letzte Sitzung des Amtsjahres 2022/23. Ein Jahr, in dem Lucia Mikeler Knaack und Kathrin Schweizer als Landratsbeziehungswise Regierungspräsidentin besonders gefragt waren. Auch euch beiden gebührt grosser Dank.

Die letzte Sitzung vor der Sommerpause am 1. Juli war zugleich die erste Sitzung der neuen Legislatur. 20 SP-Landrätinnen und -Landräte ergreifen im Landrat Partei für ein soziales Baselbiet. Neu dabei ist Nadim Ismail. Herzlich willkommen!



Kathrin Schweizer und  
Lucia Mikeler Knaack



Tania Cucè, Christoph Hänggi  
und Bianca Maag-Streit



Die neue SP-Fraktion auf dem Weg zur ersten Landratssitzung der Legislatur. V. l. n. r.: Urs Roth, Sandra Strüby-Schaub, Simone Abt, Ursula Wyss, Désirée Jaun, Roger Boerlin, Lucia Mikeler Knaack, Andreas Bammatter, Thomas Noack, Nadim Ismail, Jan Kirchmayr, Miriam Locher, Adil Koller, Roman Brunner, Linard Candreia, Kathrin Schweizer, Etienne Winter. Nicht auf dem Foto: Ronja Jansen, Urs Kaufmann, Pascale Meschberger und Ernst Schürch.

AUS DEM GROSSEN RAT

# Anliegen um «Hebammen»

In Anlehnung an die in Baselland eingereichten Vorstösse von Lucia Mikeler wurden auch in Basel-Stadt wichtige Vorstösse rund um die Finanzierung der Praktikplätze für Hebammenausbildungen, das Erfolgsmodell der Beleghebammen und die Förderung der hebammengeleiteten Geburtshilfe in Spitälern eingereicht. Sie werden anfangs Herbst im Grossen Rat besprochen. Wir SP-Grossrät:innen setzen uns gemeinsam für eine umfassende und zukunftsweisende Geburtshilfe ein.

*Finanzierung der Praktikumsplätze für die Ausbildung der Hebammen – Interpellation:* Der Bachelorstudiengang zur Hebamme erfordert eine bestimmte Anzahl von begleiteten Geburten, doch es herrscht Unsicherheit, ob genügend Praktikplätze verfügbar sind, um diese Anforderungen zu erfüllen. Während Praktika in Spitälern finanziert

werden, fehlt die finanzielle Unterstützung der Begleitung von Hausgeburten durch freiberufliche Hebammen für die Ausbildung. Um Klarheit zu schaffen, hat SP-Grossrätin Salome Bessenich den Regierungsrat gebeten, Informationen über die jährlich ausgebildeten Hebammen, die Anzahl der Praktikplätze in verschiedenen Institutionen und die Finanzierung der Praktika in verschiedenen Settings bereitzustellen.

*Beleghebammen als Erfolgsmodell – schriftliche Anfrage:* Beleghebammen sind eine Bereicherung in der geburtshilflichen Betreuung, da sie werdende Eltern während der Schwangerschaft, der Geburt und der Wochenbettzeit umfassend begleiten. Die Finanzierung erfolgt über Verträge mit Spitälern, doch teilweise müssen Eltern auch Kosten tragen. SP-Grossrätin Barbara Heer stellte in einer schriftlichen Anfrage Fragen

zur Entschädigung der Beleghebammen, zu Überstundenregelungen, Zusammenarbeit mit Spitälern und den finanziellen Belastungen für Eltern.

*Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern – Anzug:* Die hebammengeleitete Geburtshilfe soll gefördert, ausgebaut und zugänglicher gemacht werden, da Studien zeigen, dass sie effektiv, sicher und frauenzentriert ist und weniger Eingriffe erfordert. Zusammen mit anderen Grossrät:innen fordert Melanie Nussbaumer den Regierungsrat auf, Möglichkeiten zur Förderung und Umsetzung zu prüfen und darüber zu berichten.

Melanie Nussbaumer, SP-Grossrätin  
Barbara Heer, SP-Grossrätin  
Salome Bessenich, SP-Grossrätin  
Lucia Mikeler, SP-Landrätin

AUS DEM LANDRAT

# Läufelfingerli bald wieder unter Druck?



Sandra Strüby-Schaub  
Landrätin SP

Nachdem sich die Stimmbevölkerung klar zur S9 bekannt hat und die Auslastung durch verschiedene Massnahmen verbessert werden konnte, droht mit dem Fahrplanwechsel zum Jahresende ein Attraktivitätsverlust. Dies will die SP verhindern.

Die Problematik des dicht befahrenen Bahn-Knotens Olten wird sich in Zukunft auf die Einfahrt des Läufelfingerli in den Bahnhof auswirken. Dies zeigt der Entwurf der SBB für den Fahrplan, der ab dem 10. Dezember 2023 gilt. Es entsteht ein Nutzungskonflikt mit dem Güterverkehr, bei dem die S9 das Nachsehen hat. Das Läufelfingerli muss

in Olten früher ein- und in Sissach früher abfahren.

Das sind drei Minuten, die Konsequenzen haben. Der von Basel kommende Schnellzug wird den Anschluss an die S9 in Sissach künftig verpassen. Durch die verfrühte Abfahrt verpassen auch die Sekundarschüler:innen aus dem Homburgertal nach der letzten Lektion die S9.

Immer wieder war die S9 einem grossen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. 2017 konnte die Stilllegung des Läufelfingerli dank dem Engagement der SP Baselland und dem klaren Votum der Baselbieter:innen an der Urne verhindert werden. Daraufhin wurde die Auslastung der S9 durch innovative Massnahmen gesteigert. Einen Beitrag leisteten etwa die Sissacher Schulen, die ihre Stundenpläne anpassten. Auch die SP-Landratsfraktion konnte mit verschiedenen Vorstössen Verbesserungen für die S9 erzielen.

Gerade zwischen Basel und Läufelfingen wurde das Angebot seither vermehrt genutzt. 80 % der Pendler:innen fahren heute mit der S9 von und nach Basel. Der Wegfall des Schnellzuganschlusses in Sissach würde einen herben Rückschlag bedeuten, der durch die künftig verbesserten Anschlüsse in Olten kaum kompensiert werden kann. Dabei liesse sich der Konflikt zwischen Personen- und Güterverkehr durch ein zusätzliches Gleisstück und oder eine Weiche lösen. Der Vorstoss, den ich im Juni eingereicht habe, fordert, dass der Kanton die baulichen Massnahmen baldmöglichst vorantreibt und allenfalls vorfinanziert.

Nachdem viele Pendler:innen in den letzten Jahren auf die S9 und damit die Schiene gewechselt sind, ist es jetzt an der Baselbieter Politik, sich für diese Menschen einzusetzen.